

Schweizer Doppelmoral im Ukraine-Krieg

Für Bürgerliche ist Nehmen offenbar seliger denn Geben: Die Schweiz finanziert den Krieg in der Ukraine mit ihrem Handelsplatz für russische Rohstoffe mit. Wenn es um Hilfszusagen geht, bildet unser Land jedoch eines der Schlusslichter Europas. Die SP will das mit einem Vorstoss der Bundeshausfraktion ändern.

Sie heissen Trafigura AG, Glencore International, Mercuria Energy Trading SA oder Cargill International. Dabei handelt es sich um gigantische Konzerne, die in der Rohstoffbranche jedes Jahr mehrere hundert Milliarden Franken umsetzen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie ihren Firmensitz in der Schweiz haben (und hier Steuern zahlen) und am schweizerischen Handelsplatz mit Rohstoffen handeln – auch mit russischem Erdöl, Kohle, Zink, Kupfer oder Aluminium, ungeachtet des nun seit über einem Jahr andauernden Angriffskrieges in der Ukraine.

Trotz den internationalen Sanktionen gegen Russland weigert sich die bürgerliche Mehrheit im Parlament, den Handel mit russischen Rohstoffen über den schweizerischen Finanz- und Rohstoffhandelsplatz zu unterbinden. Dabei ist der schweizerische Handelsplatz für Russland alles andere als eine Nische. Nach Recherchen der Nichtregierungsorganisation «Public eye» werden 75 Prozent aller russischen Kohleexporte über die Schweiz abgewickelt. Wollen wir der Ukraine wirklich helfen, ist die Regulierung des Finanzplatzes und des Rohstoff-



Claudia Friedl,
Nationalrätin SG

handels zentral. Dafür kämpft die SP seit Jahren gegen die bürgerliche Mehrheit an, meistens auf verlorenem Posten.

Die Schweiz verdient über Steuereinnahmen kräftig am russischen Rohstoffhandel mit und trägt massgeblich zur Finanzierung des russischen Angriffskrieges bei. Bei der finanziellen Unterstützung der Ukraine hingegen zeigt sie sich äusserst knausrig und unterstützt die Ukraine im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nur wenig, wie das Kieler Institut für Weltwirtschaft im «Ukraine Support Tracker» belegt. Die 140 Millionen Franken an humanitärer Hilfe, die der Bundesrat Ende Februar an zusätzlichen Geldern gesprochen hat, ändern da wenig.

Heimtückische und grausame Minen räumen

Darum wollen wir sofort Anstrengungen im Bereich der Minenräumung unternehmen. Hier verfügt die Schweiz über sehr viel Know-how, unter anderem mit dem Genfer Zentrum für humanitäre Minenräumung oder der Fondation Suisse de Déminage. Der Bedarf an Unterstützung ist ausgewiesen. Der ukrainische Präsident Selensky erklärte

in einer Rede im Dezember 2022, dass 174 000 Quadratkilometer der Ukraine mit Minen oder nicht explodierten Sprengköpfen verseucht seien. «Es kann kein Kind wirklich in Frieden leben, solange es von einer versteckten russischen Mine getötet werden kann», so Selensky.

Hier setzt die SP mit ihrer Fraktionsmotion an. Wir fordern, dass das Verteidigungsdepartement VBS in enger Zusammenarbeit mit den in der Ukraine tätigen humanitären Minenräumungsorganisationen ein internationales Programm zur Räumung von Minen sowie nichtexplodierter Munition vorbereitet und die Umsetzung finanziell, personell und materiell massgeblich unterstützt. Die entsprechenden Gelder müssen aus dem VBS-Budget stammen und nicht aus der humanitären Hilfe. Überdies kann die Arbeit sofort aufgenommen und den Menschen so rasch geholfen werden.

Kriegsgewinne für den Wiederaufbau

Die konsequente Minenräumung bildet die Voraussetzung für die Rückkehr der ukrainischen Geflüchteten nach dem Ende des Krieges. Dann wird der grosse Wiederaufbau beginnen, bei dem sich die Schweiz intensiv engagieren müssen. Zur Finanzierung werden die Auflösung der konfiszierten russischen Konten und die Abschöpfung der Kriegsgewinne ganz oben auf der Liste stehen.